



Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3607, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3606—3608. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4.30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestelgeld.

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: vom-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: vom-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Vorzug und Schriftleitung: Berlin SW 60, Kochstraße 22-26

10 Pf. - Nr 9 - B 19

FREITAG, 23. JANUAR 1931

ABEND-AUSGABE · V ·

## Giltempo in Genf?

### Wegen der französischen Krise

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 23. JANUAR

Der päpstliche, wenn auch nicht ganz unerwartete Ausbruch einer neuen französischen Ministerkrise hat hier im Genf beim Völkerverband keine überhörende Wirkung hervorgerufen; aber die Krise ist diesen Zentren gefolgt, nachdem, um eine Besichtigung der Arbeiten des Völkerverbandes durchgeführt. Briand läßt zwar nach wie vor offiziell durch seine Delegation erklären, daß er bis zu Ende der Arbeiten des Rates hierbleiben zu können hoffe, falls nicht unerwartete Ereignisse in Paris eintreten.

Ueber den Stand wird aber aus französischer Kreise berichtet, daß Briand morgen mittag 2.15 Uhr Genf verlassen, doch wird mit auf Anfrage dazu in der französischen Delegation gesagt, daß das selbstverständlich nicht in Frage komme, wenn die Arbeiten des Rates bis morgen mittag abgeschlossen sein sollten. Wenn sie aber bis morgen abend.

In einer Verlängerung der Tagung über Sonnabend hinaus sieht man aber möglich infolge des Ausbruchs der Krise in Paris nirgend einen Grund. Immerhin haben die vorliegenden Engländer zunächst einmal ihre Schlußfolgerungen erst für Montag abend bestellt, die sie offenbar weniger sicher sind, daß die Ratstagung morgen wirklich abgeschlossen werden kann.

## Henderson zur Polenfrage

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 23. JANUAR

Die oberflächliche Frage ist heute vorzüglich Gegenstand einer längeren Unterredung des britischen Außenministers Dr. Currius mit dem englischen Außenminister Henderson gewesen, in deren Verlauf die beiden Minister noch einmal das

ganze Problem durchgesprochen haben. Ueber das Ergebnis dieser Unterredung zu berichten ist hier jetzt noch verfrüht.

Nach der einen, die aus den Kreisen der deutschen Delegation kommt, ist die Unterredung für Dr. Currius keineswegs vollkommen befriedigend verlaufen, und der englische Außenminister habe den deutschen Forderungen nach Genehmigung und Erleichterung der Rechte der deutschen Winderbehalten für die Zukunft nicht das Bedürfnis entgegengebracht, das man eigentlich von ihm erwarten hätte.

Eine andere Version dagegen, die ihren Ursprung wohl in englischen Kreisen haben dürfte, will wissen, daß Henderson durchaus bereit sei, die deutschen Forderungen in ihren wesentlichen Punkten als berechtigt anzuerkennen und sein Möglichstes zu tun, um ihnen zur Durchsicht zu verhelfen.

Welche dieser beiden Versionen richtig ist, läßt sich im Augenblick nicht feststellen. Wichtigere Gründe geben auch für die individuell geäußerte deutsche und englische Auffassung von der Unterredung wieder. Jedenfalls ist der Bericht des japanischen Staatsbefehlerrats Yoshikawa nicht auf der Tagungsberatung der für heute nachmittags 3 Uhr einberufenen Ratstagung.

Ein letzter Bericht zur Einigung wird wohl erst heute abend in der Nacht unterkommen werden. Die Berichte von einer Delegation, die dem japanischen Vertreterkollektive mit ultimativen Forderungen Deutschlands überreicht worden sei, sind unrichtig.

Gegenüber den deutschen Forderungen, die wir im Morgenblatt nochmals zusammenfassend gemeldet haben, heißt der polnische Außenminister Gatt, wie wir erfahren, auf dem Standpunkt, daß er durch kein Verhalten vor dem Rat und kein Neben bereits alles getan habe, was er tun konnte. Es wird nun darauf ankommen, daß ihn seine Freunde davon überzeugen, daß er sich auf einer schrittweisen in Wegnahme seiner Anerkennung der Vertragsverletzung, einer Erklärung des Scheiterns und der Durchführung von Garantien gegen eine künftige Wiederholung ähnlicher Ereignisse verstehen muß.

## Stürmischer Empfang Brünnings

### Radikaler Unfug in Chemnitz

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

CHEMNITZ, 23. JANUAR

Reichstagsler Dr. Brünnings kam heute mit dem Willkommens aus Berlin, um auf der Tagung der Chemnitzer Industriellen zu sprechen. Chemnitz ist bekanntlich eine der Hochburgen der Reichs- und Staatsindustrien. Die haben sich natürlich die Gelegenheit zu hitzigen Demonstrationen gegen die Republik nicht entgehen lassen.

Schon eine Stunde vor der Ankunft des Tages formierten sich Nationalsozialisten und Kommunisten vor und auf dem Bahnhof zu Karawänen. Die Polizei ließ allerdings die Reihenfolge zürücklassen, konnte aber im Erlösen nur Vorsperren vornehmen, wenn auch die Demonstrationen nicht unterdrückt war.

Am offiziellen Empfang des Reichstagslers am dem Bahnhof hatten sich Reichspräsident G. G. und die Vertreter der höchsten

Behörden, auch der Reichswehr, eingefunden. Als der Reichstagsler auf dem Bahnhofsplatz vorüber, stiegen die Reichs- und Staats- und Reichs- und Staatsindustriellen an. Dr. Brünnings bestieg mit dem Zaren, die ihn empfangen hatten, den Reichstagsler und sah in das Hotel. Zum Empfang war das Auto von Offizieren der Polizei geleitet.

Nach der dem Hotel, wo der Reichstagsler am Oberbürgermeister begrüßt wurde, hatten sich Angehörige der radikalen Parteien angeeignet zu Handlungen ähnlicher Art wie auf dem Bahnhof. Die Polizei sorgte für die Wöhrung der Zufahrtstraßen zum Hotel.

Der Reichstagsler wird noch heute abend, nach seiner Rede vor den höchsten Industriellen, in Berlin eintreffen.

Finanzstellen ausgespart worden, deren Ergebnis von der weiteren politischen Entwicklung abhängt.

Es kann aber inländische Kapitalmarkt ist, das muß man nicht erst immer wieder sagen. Demnach wird sich darüber wundern, daß es dem Reichsfinanzminister (denn Reich) in Deutschland selbst die Vorgesagten der Reichsbank in hohem Maße ungewöhnlich und zu jene 300 Millionen herbeizubekommen, die in den Etat auf der Finanzminister eingeleitet worden sind. Jetzt hat sich eine Bankgruppe, die der auch die Reichsbank gebührt, bereitgestellt, 300 Millionen Reichsmark Vorgesagten zu übernehmen, wenn Gewinne bereit gehalten wird, daß die Mittel von ausländischen Finanzinstitutionen herbeizubekommen werden. Verhandlungen in dieser Richtung, die mit ausländischen Kapitalisten geführt werden, sind auszusprechen und werden wohl zum Abschluß führen.

## Wiener Gerüchte?

Von KARL LAHM, Berichterstatter der Vossischen Zeitung

WIEN, IM JANUAR

In wenigen Tagen trifft Graf Beihien in Wien ein. Eine feierliche Staatsreise von besonderer Bedeutung. Es gehen für Gerüchte voraus, die auch im Deutschen Reich Beachtung verdienen. Demnach seien wir im Vorabend einer Aktion erster internationaler Einflüsse in Österreich. Der ungarische Ministerpräsident ist kein italienischer Abgeordneter — und dennoch?

Gegenang gegen Einmal? Im Rom haben die fortlaufenden Ermächtigungen, zuerst in Budapest und Belgrad, dann in Berlin und Wien über Vorzugsbefreiung, die Agrar- und Industrieleuten des Ostens und Mittelwestens für gewöhnlich sollen, Einbruch gemacht. Der jetzt in Genf wiederholte Vorstoß Dr. Schobers für Regionalverträge findet anscheinend mehr und mehr Verbindungs- und Befehl Briands. Italien wird nicht unartig zusehen.

In österreichischen politischen Kreisen wird in engstem Zusammenhang mit der Beihien-Reise besprochen: Italien verläßt gegen eine schicksalhaften Plan mit Österreich, einen doppelten, zunächst wirtschaftlichen, zur Vorbereitung des endgültigen politischen. Es ist bereit, sich gewisse wirtschaftliche Bindungen Österreichs etwas bieten zu lassen. Aufstakt: die österreichisch-ungarischen Verhandlungen über den Handelsvertrag. In Budapest war man gegenüber der Fischefflowel unangenehm, bis zur Kündigung des Handelsvertrags, bis zum Sommerkrieg. Es geht den ungarischen Bankwirten, Industrieleuten und Kaufleuten recht schlecht. Demnach magte man den Abbruch mit Prag, wobei nur durch gewisse Heißung mitgeteilt wurde. Damit bezog Graf Beihien eine Front, die für ein der Kleinen Entente nicht freundliches Italien nicht unerwünscht ist. Bei den wiederholten, meist von Geheimnis umgebenen Reisen Beihien nach Italien sind die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten erogen worden, die im gemeinsamen Interesse der italienisch-ungarischen Freundschaft liegen. Von Prag abgesehen, merket man sich um so eifriger der Freundschaft mit Wien zu. Es waren Ungarn schon von Österreich agrarische Zugeländnisse gemacht worden. Diesmal wird Graf Beihien die Vorzugsbefreiung ungarischer Landwirtschaftlicher Einfuhr ins System zu bringen können. Aber er hat für die österreichische Industrie nur geringe Kompensation zu bieten. Die seit dem Krieg aufgewachte ungarische Industrie kann keine Konkurrenz vertragen. Hier soll nach Italien als großer Freund eingestiegen. Kommt ein Handelsvertrag zwischen Ungarn und Österreich zustande, dann können als Vorzugsbefreiung italienische Aufträge für die österreichische Großindustrie.

Nach nicht Dr. Schöber erneut sein, wenn ihm der ungarische Außenminister einen Abschreibung vorhält? Steht ein solcher nicht prächtig zu dem Plan der Regionalverträge? Um die Sache noch schmackhafter zu machen, könnte sich Beihien daran berufen, daß man in der Berliner Weltministerkonferenz diesen Gedanken eines österreichisch-ungarischen Abschreibungsvertrages gutheißt. Denn Graf Beihien stattete sehr geschickt einen offiziellen Besuch in Berlin vor dem in Wien ab. Er sprach, so heißt es hier, in Verbindung mit Staatssekretär von Biliow. Bis dahin alle schön und gut. Deutschland hat nicht nur nicht einzuwenden, es begrüßt die wirtschaftliche Hilfe, die sich Österreich und Ungarn gegenseitig leisten wollen. Von Italien war ja dabei nicht die Rede.

Hierzu aber wissen die Gerüchte, die in den erst zu nehmenden Wiener politischen Kreisen umlaufen, doch einiges recht Bedenklisches zu vermeiden. Bedenklich ist eine einseitige Freigabe Österreichs. Ein „Aufstieg“ sollte aufgeben werden, die sich nachher nicht wieder befehlen sollten lassen würde. Denn Österreich sein größeres deutsches Ziel werde erreicht. Der wirtschaftliche Abschreibung mit Ungarn solle so gestaltet werden, daß sich daraus nicht weitere politische Bindungen entwickeln würden. Die Wiener Propagandisten der österreichisch-ungarischen Verbindung seien nach ihrer österreichischen Tendenz nur zu bekennt. Es handle sich um stets die gleiche Sache, aber einflussreiche Gruppe in der Zeitung der Industrieleuten, dem Namen „Wiener“, dem Namen „Wiener“, um die Subskribenten, nennt den Namen „Wiener“, dem Gedanken an D. früheren Vorgesetzten auf dem letzten Balkanplatz, der nie in den Österreich auftritt, aber um so rührender ist, und, was ein besonderes Geheimnis ist, über Fonds verfügt, die aus Italien kommen.

## Anleihe und Politik

Gerüchte über ägyptische Verhandlungen zwischen Berlin und Paris, die sich auf eine langfristige Anleihe beziehen, tauchen wieder auf. Während des Sommers sind tatsächlich sehr ernsthafte und ausdauernde Verhandlungen über einen großen französischen Kredit geführt worden, der zur Beilegung der deutschen Wirtschaft verwendet werden sollte.

Aus diesen Verhandlungen ist kein Resultat gemacht worden, der Reichstagsler hat während seines Auftritts im Osten in Wien mehr, doch Bezug auf sie genommen und festgestellt, daß der Reichstagsler alle Hoffnungen auf das Zustandekommen dieser Anleihe, aus der auch das Offiziers-Regiment finanziert werden sollte, zerstört habe. In den letzten Wochen sind vorstige Führer von

und für agitatorische publizistische Zwecke verwendet werden; schließlich um den Beschäftigten der Geschäftsbürokratie Partei — nennt den Namen Seppel!

Sinn könnte man sagen, es hiesse Verhören als höchsten Europäer verdächtigen, wenn er mit seinem Nachbarerzöge Dr. Schöber einseitig schließend und andere Regionalerzöge, besonders den nationalen, unangenehm machen würde. Aber Verhören ist zwar unklar, und dann Europäer, mit der Dualifikation: nachburgländiger Deputierter auf Geiß! Die Wiener Erzöchte erinnern in Zusammenhang mit dem Verhören-Briefe und dem angeblichen Doppelplan Italiens — wirtschaftlicher Nachbarvertrag zur Vorbereitung des europäischen politischen — an die nie bemernte Meldung, die Heiral des Czarenzogs Otto mit der jüngsten italienischen Königinlogie Maria Luisea Oesterreichs von Mailand beschlossene Ehesache. Diese Ehesache ist unter italienischen Protesten für Italien bogenen nicht, hat aber einseitig ein größeres Oesterreich-Intereue in Form eines einer Donauübergang, unter Franzens's Regie, zustande kommen, daß aber auch andererseits nicht ein Großdeutschland Nachbar Italiens werde.

So die Erzöchte. Der sozialistische Heimwehrschlag, schätzliche Stahlschmelzer sind ja ganz. Es gebe auch in der Wilhelmstraße Beamte, die haben einverstanden wären, so mit Oesterreich in Ruhe gelassen zu werden, und auf dem Balkanverträge, was es nicht die Bedingung wohl ohne den Vorkommnisse. In der Freude, daß man ihm einen Sondervertrag anbietet, wird er den nationalen Gedanken nicht verzeihen, für den er Genf wieder offen und mutig eintritt und der beim Besuch von Brining und Curtius in Wien, nach Verhören, wieder statt unterliegen werden soll.

## Ausgleich mit Wien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 23. JANUAR

Was unzeitigen Verhandlungen ist dem Bundesrat ein Nachschlag mit der sozialdemokratischen Opposition in der Frage der sogenannten Abgeltung gelungen.

Denach erfolgt die Stadt Wien aus dem gemeinsamen Steuer-Ertragsplan noch einem gemeinsamen Abgaben-Beitrag 28,7 Millionen Schilling, die unter die Länder Oesterreichs aufgeteilt werden sollen. Ferner erhalten die Länder aus der Vertheilung 6,5 Millionen Schilling, die zum einen an ursprünglich für Wien bestim�ene 10 Millionen Schilling nachgeschlagen wurde. Die Gemeinde Wien hat auch das Betrecht der Bundesregierung gegen neue Steuern in beschränkter Weise angenommen. Dasselbe wurde die alten Wiener Steuern der Befreiungsgesetzgebung entzogen. Als das Defizit im Gemeindehaushalt, das durch die Opfer für die Länder entstehen muß, mitzumachen, wurde der Gemeinde eine Ausdehnung der Verbrauchssteuer Probe bei Beschränkung ihrer Bestellung zugeteilt. Demzufolge hat die Gemeinde Wien ihr Budgetwachen in allen Umfang fortzuführen lassen, werden aus dem höchsten Baujense Defizits für 2000 Wohnungen gemindert.

\*

Die Regierung Under-Schöber hat, indem sie diesen Vergleich mit der sozialdemokratischen Opposition unterbreiten beabsichtigt hat, die verfassungsmäßige Gleichheit aller Parteien in diesem Streit den nur noch schwersten Brand des Sozialismus neu zu entfammen. Die Normalisierung des Verhältnisses, die Schöber durch Schöpfung seiner Mittelpartei ermöglicht hat, ist auf gutem Wege.

## Oesterreich verlangt nach dem neuen Strafrecht

WIEN, 23. JANUAR

Im Nationalratsauschuss befaßt sich der sozialdemokratische Abgeordnete Glaser, daß die Ausfertigung des neuen, fürs Deutsche Reich und Oesterreich geltenden Strafrechts zu dem Zweck, daß die politische Bewegung im Reich hart verurteilt sei. Die oesterreichliche Justizverwaltung müsse um so energischer auf solche Bemühung der Beratungen drängen.

In der gleichen Sitzung wurde sowohl von sozialdemokratischen wie von großdeutschen Seite an die Regierung neuerlich die Aufhebung der Gleichheit, im Nationalrat bündelmäßig einen Vorbehalt über die Ausfertigung des Strafrechts an das bestehende deutsche Gesetz zu unterbreiten.

## Frei droht und schimpft

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KASSEL, 23. JANUAR

Der Fraktionsvorsitzende der Nationalsozialisten im Reichstag, der kürzlichige Innenminister Fried, erklärte in einer Versammlung hier, wo Weidmann's ist seine Partei noch bereit gewesen, unter Befreiung der Reichsregierung und des Innenministeriums in die Regierung einzutreten. Heute gegen das nicht mehr. Fried bezeichnet die Sozialdemokraten und die „in ihrem Geholge sich befindenden bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zur Volkspartei“ als Organisations des „Innenministeriums“, „professioneller Landesverwalter“ und des „vereinigten Volksetrages“. Vor allem wieder Fried hat gegen das Zentrum, das im Dritten Reich in den Drusus schloß, seinen Vorbehalt. Will nicht wider wie die Reichsregierung Italiens durch Beschlüsse. Will nicht wider eine neue Fraktionslösung, deren Zentrum vorzuziehen, es mitläufige die Religion zu seiner künftigen Organisation.

## Wirth bei Hindenburg

Der Reichspräsident hat heute den Reichsfinanzminister Dr. Wirth zum Vertrag empfangen.

# Weshalb wurde die „Baden“ beschossen?

Der Kapitän des Hapag-Dampfers vor dem Seeamt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 23. JANUAR

In Anwesenheit von Vertretern des Reichsgewerkschaftsausschusses, vieler anderer Reichs- und Staatsbehörden und mehrerer internationaler Journalisten begann heute vor dem Hamburger Seeamt die Verhandlung über die folgenschwere Beschädigung des Hapag-Dampfers „Baden“ im Hafen von Rio de Janeiro am 24. Oktober 1908, während der brasilianischen Revolution. Aus dem Bericht des Kapitän Rollin, den der Reichsgericht, Reichsgewerkschafts Dr. Schön, wolle, geht hervor, daß man auf dem Dampfer die von dem Genie General abgeordneten Schiffe zuerst für Granatentorpeden über die größte Revolution hielt. Dies kam einem Schuß einem Schuß umlegte, 31 Personen tötete und 37 schwer verletzte. Nach der Beschädigung brach das Schiff los, wurde aber 40 Minuten aufgelaufen, während eine Reihe von Scherzerentwürfen verurteilte.

Der Reichsgericht unterlegte dem Kapitän Rollin einen förmlichen Fragebogen. Er warf ihm vor, nicht sorgfältig genug gehandelt zu haben. Der Kapitän bestritt das erregt. Er sei allerdings von der Reberet-Regenerie in Rio nur unangenehm unterrichtet worden. „Rechtlos“ auf dem Ausfahrtswege, die, die ich später herausstellte, die Beschädigung zur Erklärung einer bestimmten Ursache führte. Die erste Signal bei der Veränderung der in Rio entzündeten, habe er nicht beachtet. Zwei Jagen haben allerdings in Rio sofort erklärt, sie hätten den Kapitän genau aufmerksam gemacht, daß er beim Fort Genua Zug ein besonderes Signal um Gewährung der europäischen Ausfahrtszulassung geben müßte. Der Kapitän bestritt das jedoch.

Man regte sich eine längere Debatte über die Bedeutung der gegebenen Signale, gewisse Komplikationen führten zu wesentlichen Mißverständnissen. Der Reichsgericht hielt Rollin

## Bevinnung

Silber-Edelstoff und Silberberg

Es geht unstrittig zu dem Entschluß von dem Reichsgericht, daß die jüngsten Rundgebungen der Führer unserer Privatwirtschaft im Zeichen sozialpolitischer Bevinnung stehen. In der Hauptausführung des Deutschen Industrie- und Handelstages, die am Mittwoch unter dem Vorsitz Herrn von Mendelssohn stattfand, gab ein Vortrag des preussischen Finanzministers diesen Ton an. Dr. Döpfer-Waghoff hielt sich nicht allzu lange bei der Darstellung besagter Fehler auf, als die er vor allem eine übermäßige Investitionstätigkeit und das hohe Festhalten an der mitverantwortlichen amerikanischen Kaufkraftbezüge bezeichnet. Er empfahl, die Sanierung der Gemeindefinanzen durch die Zusammenlegung von Aktien- und Wohnbaufinanzverwaltungen. Will Recht habe sich Preußen bei der Vorbereitung der Rotenordnung vom Dezember gegen eine übermäßige Kürzung der Hausinsitutemittel für Neubauwesen gewehrt. Im nächsten Jahr werde schon wegen der Erhöhung der Aufwertungsansätze eine weitere Senkung der Hausinsuteneur notwendig sein. Der Minister schloß mit einem Appell an die Wirtschaft, zur Verminderung der politischen Vertrauenssätze beizutragen, unter der er sich nicht weniger als die öffentliche Finanzwirtschaft selbst. „Wenn die Wirtschaft klar gegen radikale Utopien Stellung nimmt, wird sie auch hierdurch die Bemühungen der Regierung um eine Gesundung der finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen fördern.“

Auch die Debatte über den Vortrag ging erstleuchtweise über die üblichen Interessentenbeschränkungen hinaus. Es wurde der Schuß der gemeinsamen Selbstverwaltung gebietet, zugleich aber das richtsichliche Eingreifen des Staates bei deren Verlegen. Der Antritt und Vertheilung bezogte sich auf der vom Reichswirtschaftsministerium eingeschlagenen Bahn, wenn er die Berechtigung des Prinzipals der Wirtschaftsinstitution und zugleich einen energischen wirtschaftspolitischen Zusammenstoß Europas bestworte.

Der gebantenreiche Redner der deutschen Industrie, Dr. Paul Silberberg, kam gleichzeitig im Akademischen Politischen Klub in München zu Wort. Seine Versicherungen zeugen für ungewöhnlichen Mut zur Folgerichtigkeit. Er warnte davor, die Tribüne zu zur Unzeit aufzurollen. Die innere Festigung müsse dem vorangehen. Man hätte die Erbschaften erst anzufassen, wenn mindestens gleichzeitig die Grundlagen für Wiederbau und Ordnung unserer innerwirtschaftlichen Verhältnisse gelegt sind. „Der Erfolg von Reparationsverhandlungen ist genau proportional zu der Energie, mit der Deutschland seine inneren Verhältnisse in Ordnung bringt.“ Die öffentlichen Haushalte müßten unbedingt ausgeglichen werden, selbst auf Gefahr neuer Steuern hin, wobei Silberberg eine weitere Schwerevermehrung zu der indirekten Steuern bestritt. Die Finanzwirtschaft müßte überparteilich bei jeder gesplitterten Organisation der Aktion zu gesammelter Wirkung vereinen.

Die Forderung Silberbergs, im Notfall neue Steuern auszusprechen, läßt es offen, ob dabei an den Reichsausschuss gedacht ist, für den der Reichsfinanzminister das bekanntlich vorerst abgelehnt hat. Die Ansicht dieses Industrieleiters sollte am wenigsten von benachteiligten Gemeindefinanzverwaltungen überhört werden, die den Vorkauf unpopulär nicht einmal im Rahmen der Rotenordnung aufbringen. Bei der

noch vor, bei der gegebenen politischen Lage habe er die Schiffe selbst beschaffen müssen und nicht für kleine Granatentorpeden halten dürfen.

Kapitän Rollin gibt nicht an, er führe die Beschädigung auf die Drangsalien eines später in Rio verstorbenen Mannes zurück, der die falsche Angabe gemacht habe, ein Freund des Kapitän habe einen brasilianischen Politiker heimlich an Bord gebracht; darauf habe dann die Polizei des Fort angewiesen, den Dampfer an der Ankerkette zu hindern.

Kapitän Rollin gibt wiederholt an, er habe die Flammengefahr des Forts, die eine Warnung darstellten, nach dem internationalen Eingeborenen nicht auf sein Schiff übertragen lassen; der Internationale müßte, der über den Signalfalgen des Forts hätte gefahrt werden müssen, habe gefehlt.

Der Erste Offizier der „Baden“ bestritt, daß die Schiffsflagge nicht alles Notwendige getan habe. Auch die erprobten Feuerwerke, man habe sich nicht genug um die Bewanderten getümmelt, seien bei dem Durcheinander auf dem Schiff nicht vertrieht.

Eine erschütternde und dringende nach der Anführung durch die Hapag, die spanischen, portugiesischen und brasilianischen Behörden bedeutende Darstellung von den Umständen an Bord des Schiffes seit der deutsche Schiffahrt Dr. Seiffert. Er müßte als einziger Arzt für die vielen Toten und Verwundeten im Hafen, obwohl ein spanischer und ein portugiesischer Seiffert an Bord gewesen sind, in Rio doch eine ungeheure Verminderung gefordert. Er habe, nachdem der portugiesische Arzt sich nach der Feststellung, daß Portugiesen nicht vorliege, zurückgezogen und er selbst vollkommen erschöpft gewesen sei, den spanischen Arzt gefordert und ihn schließlich in einer der Gefunden. Auf die Bitte, beim Abtransport zu helfen, habe der Spanier erklärt, er sei krank; schließlich habe er diesen spanischen Arzt später wegen einer förmlichen Entladung beobachtet.

Bemerkung über die Teilnahme von man geneigt, vor allem der Oppositionsaktionen zu gebeten. Aber sie verdient vielleicht noch mehr Beachtung in einem Teil des Regierungslagers.

## Anshäufers Vorschläge

Wage, um aus der Wirtschaftslage herauszukommen oder sie wenigstens zu mildern, zeigt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende des Allgemeinen freien Arbeiterbundes, Anshäufers, in einem Rundfunkvortrag: Arbeitsbeschaffung durch finanzielle Entlastung der Gemeinden, zentrale Regulierung der Arbeitsvermittlung, Gesetz gegen Pensionen Doppelverdienste, radikale Preisentlastung, die zu großen Aufwände eines Kartellsystems sein muß und eine planmäßige Arbeitsveranschaulichung, die den höchsten Lohn zum Verbrauch herstellt.

Für Deutschland entscheidend ist die merkwürdige Tatsache, daß bei einer durch Rationalisierung aufzuerkennlich gestärkten Produktionskraft und Produktionsvermehrung die Kaufkraft erheblich abgenommen hat. Die Produktionskraft hätte nämlich nicht, man erwarten sollte, eine Dohnerkettel, eine Preisentlastung zur Folge gehabt, sondern Kartelle, Exploitation und Zerstörung haben auf der einen zu hohe Güte auf der anderen Seite hohe Bewegung in der Preisstruktur verzeichnet. Nicht Preisentlastung und Lohnentlastung, sondern Preisentlastung und Lohnentlastung ist die Aufgabe.

## Süßlawins Ministerpräsident gegen alarmierende Gerüchte

In einem Interzelle, dem süßlawinschen Ministerpräsidenten, General Ginkowitsch, dem Belgischer Korrespondenten des WBA, gab, machte er sich sehr klar gegen die alarmierenden Nachrichten, die immer wieder über die innenpolitische Lage in Süßlawien verbreitet werden.

„Alle die Nachrichten über eine Unzufriedenheit im Volke“, erklärte Ginkowitsch, „aber Verhörmungen, Verhaftungen hoher Militärsfunktionäre, über eine bevorstehende Verdrängung des russischen Regimes, zersplitterte Unklarheiten in der Regierung, Inaktivität des Offizierskorps mit dem neuen nationalen süßlawinschen Auzer haben diese Quelle in den Kreisen einer Dohnerkettel, die als Emigranten — zweifellos aus Mitteln unserer Feinde bezahlt — die gutaussehende ausländische Öffentlichkeit täuschend-überzeugend irreführen, indem sie die Verhältnisse in Süßlawien so darzustellen versuchen, wie dies ihnen propagandistischen Zielen entsprechen würde.“

\*

Die Erklärungen des süßlawinschen Ministerpräsidenten kommen etwas überraschend. Die deutsche Presse hat bei süßlawinschen Unzufriedenheit gegenüber immer eine lokale und subjektive Geltung gemacht, die den Schwermüßigkeiten des Regimes abhört gerührt wurde. Diese Haltung wurde unterstützt durch das freundschaftliche Verhältnis zwischen Berlin und Belgrad, das sich über vertriebt als gelockert hat. Wenn sich General Ginkowitsch gegen die alarmierenden Gerüchte wendet, die im Ausland kursieren, so müssen wir annehmen, daß er dabei nicht die deutsche Presse im Auge gehabt hat.

## Neuer Landeshaupmann für Kärnten

Der Kaiserin Landeshauptmann wählte an Stelle des parteilosen Dr. Demitz den Landeshauptmann Krennauer, einen Anhänger des Schöberden nationalen Wirtschaftskolles und Landverbundes, zum Landeshaupmann von Kärnten.











